



Deutscher Tierschutzbund e.V., In der Raste 10, 53129 Bonn

An den  
Bundeskanzler der  
Bundesrepublik Deutschland  
Herrn Olaf Scholz  
Willy-Brandt-Str. 1  
10557 Berlin

Präsident

In der Raste 10  
53129 Bonn  
Tel: 0228/60496-0  
Fax: 0228/60496-40

E-Mail:  
bg@tierschutzbund.de  
Internet:  
www.tierschutzbund.de

Gemeinnützigkeit  
anerkannt

Registergericht  
Amtsgericht Bonn  
Registernummer  
VR3836

Sparkasse KölnBonn  
BLZ 370 501 98  
Konto Nr. 40 444

IBAN:  
DE88370501980000040444  
BIC:  
COLS DE 33

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Durchwahl

Datum  
21. August 2023

## Situation der Tierschutzvereine und Tierheime in Deutschland

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

ich wende mich heute direkt und persönlich mit diesem Appell an Sie, weil der praktische Tierschutz in Deutschland endgültig vor dem Kollaps steht. Sämtliche Hilferufe an Kommunen, Bund und Länder haben nicht zu einer Lösung der Probleme geführt. Stattdessen wird die Verantwortung von allen Seiten brüsk verweigert, sämtliche Appelle laufen ins Leere.

Mit Blick auf die Lösung der notwendigen Investitionen – neben anderen ordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen – hat das Versprechen der Koalitionspartner nach Regierungsbildung, eine Verbrauchsstiftung zu errichten, Hoffnung gemacht. Nach unseren Informationen scheint dieses Vorhaben aber gescheitert.

Die vielen Initiativen unsererseits, unserer Mitglieder und Partner und aktuell der so genannte „Brandbrief“ machen deutlich, dass die Wut, Verzweiflung und die Hoffnungslosigkeit immens steigt. Mittlerweile ist der Punkt erreicht, an dem wir es leider deutlich so sagen müssen:

### Die Tierschützer\*innen in den Tierheimen und Tierschutzvereinen können nicht mehr!

Gestatten Sie mir, das auszuführen: Die Tierschutzvereine und Tierheime in Deutschland leben von der großen Tierliebe und dem selbstlosen ehrenamtlichen Engagement der Tierschützer\*innen. Ihrer Hingabe und Leidenschaft ist es zu verdanken, dass weltweit mit Bewunderung auf den praktischen Tierschutz in Deutschland geschaut wird. Jedes Tier, das Hilfe braucht, wird versorgt und betreut.

Leider mussten wir in den vergangenen Jahrzehnten, besonders aber in den letzten Jahren als Dachverband der Tierschutzvereine und ihrer Tierheime erleben, dass dieses ehrenamtliche Engagement zunehmend missbraucht und unterminiert wurde. Öffentliche Aufgaben wie etwa die Betreuung von Fundtieren wurden zu Dumpingpreisen von den Kommunen entlohnt. Exotische Tiere werden in Tierheimen abgegeben, weil der Handel und die Haltung dieser Tiere nicht reguliert wird. Illegal gezüchtete und transportierte Welpen gelangen in die Tierheime, der Handel selbst wird nicht bekämpft. Die zahlreichen Aufgaben der ehrenamtlichen Tierschützerinnen wachsen ihnen schlicht über den Kopf.



Die Corona-Pandemie hat die Tierschutzvereine und die Tierheime ebenfalls schwer getroffen. Die Vermittlung von Tieren war kaum möglich, Spendeneinwerbung durch Tierheimfeste entfiel. Viele Menschen schafften sich während der Pandemie Tiere an, die jetzt ebenfalls in den Tierheimen abgegeben werden.

Die Tierheime erleben eine dauerhafte Steigerung des Tierbestandes, welcher zunehmend betreuungsintensiver und weder personell, räumlich noch finanziell aus eigener Kraft zu leisten ist.

Der Angriffskrieg gegen die Ukraine und seine Folgen haben die Tierheime ebenfalls hart getroffen. Da die Bausubstanz der allermeisten Tierheime aufgrund chronischer Unterfinanzierung oft marode ist, war der massive Anstieg der Energiekosten nicht zu stemmen. Auch die Versorgung vieler Tiere, die von Geflüchteten aus der Ukraine mitgeführt wurden, schlug sich in der Vereinskasse nieder.

Zwar haben sowohl Ihre als auch die Vorgängerregierung den Tierheimen jeweils fünf Millionen Euro für die Folgen der Pandemie sowie des Ukraine-Krieges zur Verfügung gestellt, wofür wir sehr dankbar sind. Aber gemessen an dem Investitionsstau und dem prekären Zustand der Tierheime in Deutschland waren diese Mittel leider schlicht ein Tropfen auf den heißen Stein.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

im Koalitionsvertrag der von Ihnen geführten Bundesregierung findet sich im Kapitel „Landwirtschaft und Ernährung“ auf Seite 44 folgender Satz:

**„Tierheime werden wir durch eine Verbrauchsstiftung unterstützen“**

Dieser Satz hat bei den praktischen Tierschützer\*innen in den Tierschutzvereinen und Tierheimen in Deutschland große Hoffnung geweckt und sie trotz großer Verzweiflung und Erschöpfung auch nach den schweren letzten Jahren die Kraft finden lassen, ihre wichtige Arbeit fortzusetzen. Statt dem ständigen Leugnen der Verantwortung durch Bund, Länder und Kommunen hat endlich eine Bundesregierung Hilfe versprochen. Leider hat es die Verbrauchsstiftung trotz unserer Bemühungen nicht in den Bundeshaushalt des Jahres 2023 geschafft. Zu unserem großen Entsetzen ist sie auch nicht im Entwurf des Bundeshaushalts 2024 vorgesehen. Damit schwindet die Hoffnung, vor dem Jahr 2025 die dringend notwendige Hilfe vom Bund zu erhalten – und damit schlicht zu spät.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

mein Appell an Sie lautet daher:

Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass die Verbrauchsstiftung für die Tierheime schnellstmöglich eingesetzt wird, wie es im Koalitionsvertrag versprochen wurde!

Die Kommunen haben die Tierheime wissentlich auf Verschleiß benutzt. Die Länder haben dabei zugeschaut, ebenso wissentlich und trotz aller Warnungen, und auch der Bund blieb bisher untätig.

Eine weitere Bitte: Unterstützen sie den für Tierschutz zuständigen Bundesminister, Herrn Cem Özdemir, beim Einsetzen eines Runden Tisches aus Bund, Ländern, Kommunen, kommunalen

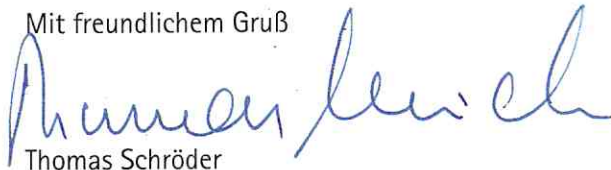
Spitzenverbänden, tierärztlichem Berufsstand und praktischem Tierschutz, um endlich verlässliche Regeln für den praktischen Tierschutz zu erarbeiten. Dabei geht es um mehr als nur um Finanzen.

Sämtliche Tierschützer\*innen und Tierschützer in Deutschland setzen darauf, dass diese Bundesregierung zumindest das eine ihrer Versprechen hält. Bitte enttäuschen Sie sie nicht. Neben Tierschutz geht es auch um die Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements der Tierschützer\*innen.

Die Tierheimkrise wird auch zu einer Staatskrise. Denn ohne die Unterstützung der Tierschutzvereine und der Tierheime können auch die Veterinärämter ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen.

Ich stehe Ihnen selbstverständlich jederzeit für ein persönliches Gespräch zur Verfügung, um Ihnen die Lage der Tierheime ausführlich zu schildern – gern auch in einem Tierheim der uns angeschlossenen Mitgliedsvereine, damit Sie sich vor Ort ein Bild machen können.

Mit freundlichem Gruß



Thomas Schröder

P.S.:

Eine Kopie dieses Schreibens übersenden wir an Herrn Bundesminister Christian Lindner sowie an Herrn Bundesminister Cem Özdemir und die Bundestierschutzbeauftragte Frau Ariane Kari.